

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum
am 24.11.2016

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld
Löschabteilung Gadderbaum/Bethel, Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Frau Pfaff Bezirksbürgermeisterin
Herr Witte (BfB) zu den Punkten 9.1 und 9.2

CDU

Frau Maler
Herr Weigert Fraktionsvorsitzender Anwesend bis 19:50 Uhr, TOP 9.1

SPD

Frau Gerdes
Herr Heimbeck Fraktionsvorsitzender
Frau Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Althoff
Herr Brunnert Fraktionsvorsitzender
Frau Herting
Frau Metten-Raterink

FDP

Herr Spilker

Entschuldigt fehlen:

Herr Kögler (CDU)
Frau Osei (Bündnis 90/Die Grünen)
Frau Thiel-Youssef (Die Linke)

Externe Gäste/ Von der Verwaltung:

Herr Ehrig jun., Landschaftsarchitektur Ehrig
Herr Ehrig sen., Landschaftsarchitektur Ehrig
Herr Frank, Freunde des Botanischen Garten Bielefeld e.V.
Herr Taudien, NWP Planungsgesellschaft
Frau Wangler, UWB
Frau zum Hebel, Bauamt

Frau Trüggelmann, Bezirksamt Brackwede

Frau Imkamp, Bezirksamt Brackwede, Schriftführerin

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Frau Bezirksbürgermeisterin Pfaff begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur heutigen 22. Sitzung der Bezirksvertretung form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

Änderung der Tagesordnung

Da die Berichterstatter zu TOP 6 „Mündlicher Bericht über die sportlichen Ferienspiele 2016 in Gadderbaum“ verhindert seien, müsse der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden. Herr Dewenter und Herr Knapp würden in eine der nächsten Sitzungen im neuen Jahr eingeladen werden und könnten dann direkt über die Planungen 2017 berichten.

Beschluss:

Der Punkt 6 „Mündlicher Bericht über die sportlichen Ferienspiele 2016 in Gadderbaum“ wird von der Tagesordnung abgesetzt.

-einstimmig beschlossen-

Darüber hinaus liegen keine Änderungswünsche vor.

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum

Zu Punkt 1.1 Errichtung eines Fußgängerüberwegs an der Handwerkerstraße - Antwort auf die Frage vom 06.10.2016

Frau Trüggelmann teilt als Zwischenstand für das Amt für Verkehr mit, dass zwischenzeitlich Zählungen zu den Verkehrsstärken an der Handwerkerstraße veranlasst worden seien, die als Kriterium für die Zulässigkeit von Fußgängerüberwegen dienen. Ob ein dauerhafter Fußgängerüberweg errichtet werden könnte, könne man erst nach Beendigung der Baumaßnahme beurteilen, da erst dann die normalen Verkehrsströme wieder gegeben seien. Die Hinweise von Herrn Müller seien auch an das Verkehrskommissariat der Polizei weiter geleitet worden, verbunden mit der Bitte, Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen. Zudem sei auch der Bezirksdienst der Polizei involviert worden. Sobald die Ergebnisse der Polizei vorlägen und die Prüfung im Amt für Verkehr abgeschlossen sei, werde Herrn Müller und der Bezirksvertretung das entsprechende Ergebnis mitgeteilt.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 1.2 Fragestunde

Fred Müller, Saronweg 41:

Warum ist die Sitzbank an der Haltestelle Jabbok abmontiert worden?

Frau Trüggelmann verliest dazu die gemeinsame Stellungnahme von moBiel und dem Amt für Verkehr: An dieser Haltestelle habe es vermehrt Fahrgastbeschwerden wegen sich dort länger aufhaltender und Alkohol konsumierender Personen gegeben. Einige Fahrgäste hätten sich belästigt gefühlt und aus diesem Grund das Wartehäuschen nicht mehr genutzt. Deshalb sei die Sitzbank abmontiert und versuchsweise gegen einen sog. Anlehner ausgetauscht worden. Zuvor habe sich der moBiel-Kundenbeirat -unabhängig vom konkreten Standort der Haltestelle Jabbok- grundsätzlich für eine testweise Installation von Anlehnern ausgesprochen.

Daraufhin stellt Herr Müller folgende Zusatzfragen:

1. *Wie lange wird die testweise Installation dieses Anlehnern dauern?*
2. *Nach welchen Kriterien wird der „Erfolg“ dieses Versuchs gemessen und wer entscheidet dann über die zukünftige Ausgestaltung des Buswartehäuschens?*

Joachim Scriba, Friedrich-List-Str. 1:

1. *Warum steht im Bereich der Friedrich-List-Straße noch immer ein Bauzaun am Fußweg, obwohl die Bauarbeiten bereits beendet worden sind?*
2. *Wie kann die Einfahrt- bzw. Ausfahrtsituation an der Friedrich-List-Straße auf die Artur-Ladebeck-Straße verbessert werden bzw. kann die Situation ordnungsrechtlich geahndet werden?*

Als Begründung zur Frage 2 führt Herr Scriba an, dass insbesondere frühmorgens LKW auf dem Fahrradweg und teilweise auch auf dem Bürgersteig entlang der Friedrich-List-Straße parkten, was den Einmündungsverkehr in diesem Bereich extrem erschweren würde, da zum einen die Sicht eingeschränkt und zum anderen die Fahrbahnbreite sehr reduziert sei. Diese Situation sei wahrscheinlich auf den Wegfall des ursprünglich geplanten LKW-Stellplatzes für die Fa. Oetker zurückzuführen.

Frau Pfaff sichert Herrn Müller und Herrn Scriba eine Beantwortung ihrer Fragen bis zur nächsten Sitzung im Januar zu.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2 **Genehmigung von Niederschriften**

Zu Punkt 2.1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 20. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 06.10.2016**

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 20. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 06.10.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 21. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 03.11.2016**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 21. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 03.11.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Tischvorlage:

Stadt Bielefeld, Kommunales Integrationszentrum: Bielefelder Aktionswochen gegen Rassismus 2017

Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe

Frau Trüggelmann weist auf die vorab per E-Mail verteilte Einladung der Bezirksvertretung Mitte -stellvertretend für die gesamte Stadt Bielefeld- hin, und führt an, dass am Mittwoch, dem 30.11.2016, um 19:00 Uhr die Veranstaltung im Rochdale Raum (Altes Rathaus) stattfindet.

Frau Trüggelmann teilt mit:

Breitbandversorgung

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Breitbandkoordination

Voraussichtlich zum 02.01.2017 werde die (neue) Breitbandkoordinatorin

für einen Zeitraum von (zunächst) drei Jahren ihre Arbeit aufnehmen.

Versorgungsanalyse, Förderantrag Bund

Die Breitbandversorgungsanalyse habe gezeigt, dass in allen Stadtbezirken (insbesondere in den ländlich geprägten Außenbereichen) eine Unterversorgung i. S. d. Förderbestimmungen Bund/Land besteht und in den nächsten drei Jahren voraussichtlich nicht von Netzbetreibern eigenwirtschaftlich beseitigt werde.

Die Verwaltung habe daher zum „dritten Aufruf“ (Frist: 28.10.2016) Anträge auf Mittel des Bundes sowie auf Kofinanzierung durch das Land zur Deckung einer Wirtschaftlichkeitslücke bei einem noch auszuwählenden Netzbetreiber gestellt.

Die von der Bezirksregierung Detmold befürworteten Anträge würden einen Glasfaserausbau (FTTB) in einem definierten Ausbaubereich, dass alle im Stadtgebiet identifizierten „weißen Flecken“ i. S. d. Förderbestimmungen umfasst, beinhalten (Haushalte und Gewerbegebiete mit einer Versorgung von weniger als 30 Mbit/s). Die ermittelte Wirtschaftlichkeitslücke (gleichzeitig Fördervolumen) für die Maßnahme betrage knapp 16 Mio. €. Einen Eigenanteil müsste die Stadt Bielefeld als HSK-Kommune im Falle einer Bewilligung nicht tragen.

Im nächsten Schritt werde vom Bund die generelle Förderfähigkeit des Vorhabens geprüft. Anschließend erfolgten die Bewertung der Förderfähigkeit und die Auswahl der im Wettbewerb zueinander stehenden Projekte anhand eines Scoring-Modells. Das Prüfungs- und Auswahlverfahren solle bis Ende Februar 2017 abgeschlossen sein.

Die Verwaltung werde nach der Entscheidung des Bundes die bisherigen Projektergebnisse und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen in geeigneter Weise vorstellen.

Kanalbaumaßnahme Artur-Ladebeck-Straße

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Entgegen der bisherigen Planung werde auf eine geplante Bauunterbrechung der Kanalbaumaßnahme Artur-Ladebeck-Straße vom 24. November 2016 bis zum 1. März 2017 verzichtet.

Begründung:

Die Kanalbaumaßnahme verlaufe wie geplant und liege im Zeitplan. Die verkehrlichen Auswirkungen zeigten sich in den letzten Wochen deutlich geringer als befürchtet. Die allgemeine Akzeptanz der Geschäftsleute sei, in Anbetracht der Größe und der Belastung durch das Kanalgroßbauprojekt, durchweg positiv. Zu dieser Schlussfolgerung komme auch die Neue Westfälische in ihrem Artikel vom 21. September 2016.

Durch einen Verzicht auf die dreimonatige Bauunterbrechung und der Annahme eines milden Winters werde ein deutlich früherer Fertigstellungstermin möglich. Die Firma Quakernack werde die Arbeiten am 21. Dezember 2016 unterbrechen und -sofern es die Witterungsverhältnisse zulassen würden- nach den Feiertagen am 9.

Januar 2017 fortsetzen.

Neben den zeitlichen Vorteilen seien auch wirtschaftliche Vorteile verbunden. Durch einen Verzicht auf zusätzliche Aufwendungen wie z. B. für die Herstellung der notwendigen Provisorien, wie Asphaltierungs- und Markierungsarbeiten, Einrichtung von Ampelanlagen etc. würden sich entsprechende Einsparungen im Bauvertrag ergeben.

Nicht unerheblich sei auch ein sog. Gewöhnungseffekt. Die geringere Verkehrsbelastung sei auch darauf zurückzuführen, dass sich die Verkehrsteilnehmer an die augenblickliche Verkehrssituation gewöhnt hätten. Zum Teil würden alternative Routen gefunden und durch einen wiederholten Wechsel in der Verkehrsführung dürften sich erneut Irritationen einstellen, die in den ersten Wochen des erneuten Wechsels wieder zu Verkehrsstaus führen könnten, gleiches gelte für den Stadtbahnbetrieb.

Vor diesem Hintergrund sei aus Sicht der Bauverantwortlichen eine mehrmonatige Baupause nicht zielführend, sondern eine zügige Fertigstellung geboten.

Geänderte Öffnungszeiten Polizeibezirksdienst

Das Polizeibüro in Gadderbaum/Bethel weise auf geänderte Öffnungszeiten hin. Diese seien montags von 09:00 - 13:00 Uhr, donnerstags von 14:00 – 18:00 Uhr und ansonsten nach Vereinbarung.

Gnadenhof am Quellenhofweg

Frau Pfaff teilt im Namen der Sentana-Stiftung mit, dass alle Planungen insbesondere auch unter dem Aspekt des Schutzes der Anwohner vor Lärmemissionen bewertet worden seien. Es gebe hierzu umfängliche gutachtliche Berechnungen, die Teil des laufenden Baugenehmigungsverfahrens seien. Hierbei seien alle Aspekte konkret betrachtet, bspw. Anzahl und Art der Tiere, deren Freilaufzeiten sowie deren Entfernung zu den Wohnhäusern, worden. Aufgrund dieser Beratungen seien im Zuge der Planungen auch schon Tiere „umplatziert“ bzw. Baukörper verschoben worden. Diese Überlegungen hätten sich im Übrigen nicht nur auf dem Lärm, sondern auch auf mögliche Geruchsbelästigungen bezogen. Es seien also alle Tiere und Nutzungen nach entsprechender, gutachtlicher Bewertung angeordnet.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Abriss von Wohnungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3759/2014-2020

Anfrage der Einzelvertreterin von DIE LINKE:

Wie viele Wohnungen wurden in den letzten fünf Jahren im Stadtbezirk Gadderbaum abgerissen?

Zusatzfragen:

1. *Wie viele Wohnungen wurden im gleichen Zeitraum neu gebaut?*
2. *Für wie viele Wohnungen wurde eine vorherige Umnutzung beantragt bzw. bewilligt?*

Frau Trüggelmann verliest dazu die Antwort des Bauamtes:

Im Zeitraum von 2011 bis 2015 seien im Stadtbezirk Gadderbaum für 42 Gebäude Abrissgenehmigungen erteilt worden. Wie viele Wohneinheiten davon betroffen gewesen sind, sei nicht bekannt.

Zur Zusatzfrage 1: In den letzten fünf Jahren seien für den Neubau von 190 Wohneinheiten Baugenehmigungen erteilt worden.

Zur Zusatzfrage 2: In den Jahren 2011 bis 2015 sei für drei Wohneinheiten die Änderung in eine andere Nutzungsform bewilligt worden.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.2

Granulat auf dem Kunstrasensportplatz im Sportpark Gadderbaum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3899/2014-2020

Anfrage der SPD-Fraktion:

Welches Granulat ist letztendlich auf dem Kunstrasensportplatz im Sportpark Gadderbaum eingearbeitet worden?

*Z u s a t z f r a g e :
Geht von dem Granulat ein gesundheitliches Risiko für die Benutzer des Sportplatzes aus?*

Frau Trüggelmann teilt dazu eine gemeinsame Zwischennachricht des Sportamtes und des Umweltamtes mit:

Die Kommission des Normenausschusses Kunstrasen tagte am 24. und 25.11.2016 in Berlin zu dieser Problematik. Im Vorfeld dieser Sitzung sei Prof. Grunder, der Mitglied dieser Kommission sei, nicht bereit gewesen, eine Stellungnahme abzugeben, so dass zunächst die Ergebnisse dieser Tagung abzuwarten seien. Ein wissenschaftlich fundiertes Statement zu dieser Problematik gebe es somit zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

Eine vom Umweltamt zwischenzeitlich durchgeführte Recherche habe ergeben, dass keine Kommune Sportplätze mit SBR-Granulat gesperrt habe.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.--

Zu Punkt 5 Anträge**Zu Punkt 5.1 Verlängerung der Öffnungszeiten in der Bürgerberatungsfiliale Gadderbaum**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4030/2014-2020

Antrag der Einzelvertreterin von DIE LINKE:*Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet den Oberbürgermeister die Öffnungszeiten der Bürgerberatung in Gadderbaum zu verlängern.*

Herr Heimbeck merkt an, dass er noch Nachfragen zu der Begründung habe und beantragt auf Grund der Abwesenheit von Frau Thiel-Youssef, den Antrag zu vertagen.

Übereinstimmend ergeht folgender

Beschluss:**Die Beratung über den Antrag wird vertagt.**

-einstimmig beschlossen-

-.--

Zu Punkt 6 Mündlicher Bericht über die sportlichen Ferienspiele 2016 in Gadderbaum

*Anmerkung der Schriftführerin: Der Punkt wurde abgesetzt;
Beschlussfassung s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“*

-.--

**Zu Punkt 7 Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/Ga 9.1 "Kernbereich Bethel" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB für einen Bereich zwischen Quellenhofweg, Hoffnungstaler Weg, Königsweg, Nazarethweg, Handwerkerstraße, Saronweg, Ramaweg und Maraweg
- Stadtbezirk Gadderbaum -****Beschluss über Stellungnahmen
Satzungsbeschluss**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3884/2014-2020

Frau zum Hebel, Bauamt, führt in die Vorlage ein und Herr Taudien, Planungsbüro NWP, erläutert den aktuellen Stand und geht anhand einer Präsentation (*Anmerkung der Schriftführerin: Diese ist im elektronischen Informationssystem der Stadt Bielefeld zu diesem Punkt hinterlegt*) auf die eingearbeiteten Änderungen im Satzungsbeschluss ein, die sich seit der Auslegung ergeben hätten. In diesem Zusammenhang weist Herr Taudien auch explizit darauf hin, dass alle Änderungen dezidiert mit dem Eigentümer der Flächen, den v.B.S. Bethel, abgestimmt worden seien. Auf Nachfrage von Herrn Witte führt er aus, dass eine intensive Öffentlichkeitsbeteiligung stattgefunden hätte. Alle betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner seien über mögliche Änderungen hinreichend informiert worden; darüber hinaus weist Herr Taudien darauf hin, dass selbstverständlich jedes zum jetzigen Zeitpunkt bestehende Gebäude Bestandsschutz genieße.

Frau Schneider erkundigt sich nach der Grünflächenpflege, die im Anschluss an die Arbeiten einsetzen bzw. fortgeführt werden müsse. Frau Wangler, UWB, merkt dazu an, dass grundsätzlich der Eigentümer die Pflege übernehmen müsse. Für etwaiges Straßenbegleitgrün sei dann der städtische Umweltbetrieb zuständig. Diese Überlegungen seien allerdings nicht Bestandteil des jetzigen Satzungsbeschlusses.

Herr Brunnert kritisiert in erster Linie, dass die mit den Vorlagen versandte Beschlussvorlage sehr ausführlich sei, was es für ehrenamtlich tätige Politikerinnen und Politiker schwer mache, diese in kürzester Zeit zu lesen und zu verstehen. Er hinterfragt diesbezüglich auch, warum keine kompakte, eventuell grafische Zusammenfassung der vorgenommenen Änderungen (ähnlich der vorgestellten Präsentation) beigefügt worden sei. Darüber hinaus merkt er an, dass er in der letzten Sitzung am 10.04.2014 zum Entwurfsbeschluss kritisiert habe, dass der Radverkehr unter dem Punkt „Belange des Verkehrs“ nicht mit aufgenommen worden sei. Damals sei ihm versichert worden, dass seine Anregung aufgenommen und im Satzungsbeschluss aufgearbeitet würde. Dies sei nicht ersichtlich. Zudem äußert Herr Brunnert sein Unverständnis darüber, wie es sein könne, dass Bäume, die ursprünglich erhalten bleiben sollten, nunmehr nicht mehr existieren würden. Aus den vorgenannten Gründen beantragt er für die heutige Sitzung die erste Lesung der Vorlage.

Frau zum Hebel merkt dazu an, dass ein Beschluss zum jetzigen Zeitpunkt wünschenswert sei, da Mittel bereits teilweise geflossen und die Arbeiten parallel zum Abstimmungsverfahren erfolgt seien. Außerdem seien die v.B.S. Bethel als Eigentümer stets eingebunden und mit allen jetzt erfolgten Änderungen einverstanden gewesen.

Herr Taudien kann nachvollziehen, dass eine solch umfangreiche Vorlage schwer verständlich sei und schlägt vor, diese zukünftig begreiflicher zu gestalten.

Herr Witte erklärt, dass er die von Herrn Brunnert vorgebrachten Gründe für eine erste Lesung nicht nachvollziehen könne und dass er der Vorlage zum jetzigen Zeitpunkt durchaus zustimme würde.

Herr Heimbeck merkt an, dass auch er die Vorlage sehr umfangreich finden würde und begrüßt den Vorschlag der ersten Lesung. Unabhängig davon zeigt er sich irritiert über die Formulierung auf S. 14 der Anlage C zum ÖPNV und hinterfragt, warum das Plangebiet „gut“ an das öffentliche Personennahverkehrsnetz angebunden sei. Dies erscheine ihm doch eher zweifelhaft.

Herr Taudien erläutert, dass hier eine Stellungnahme zum ÖPNV vorliege und generell seien Stellungnahmen stets auch ein wenig subjektiv. Zumindest habe es im Verfahren keine gegenteiligen Äußerungen gegeben, die darauf hätten schließen lassen, dass die Anbindung schlecht sein könnte. Selbstverständlich könnte man nun aber im Satzungsbeschluss auf die Bezeichnung „gut“ verzichten.

Man einigt sich darauf, noch offene Fragen zur Beschlussvorlage im Vorfeld der nächsten Sitzung dem Stadtbezirksmanagement Gadderbaum zukommen zu lassen und die heutige Präsentation zeitnah als E-Mail an alle Bezirksvertretungsmitglieder zu versenden. Dann könne entschieden werden, ob eine nochmalige Berichterstattung erforderlich sei.

Sodann ergeht auf Antrag von Herrn Brunnert folgender

Beschluss:

Die Vorlage wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

-bei 1 Gegenstimme mehrheitlich beschlossen-

Zu Punkt 8

Planung zur Anbindung des Botanischen Gartens an das Erweiterungsgelände

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3952/2014-2020

Frau Wangler, UWB, führt in die Vorlage ein und Herr Ehrig, Landschaftsarchitektur Ehrig, erläutert die Planungen anhand einer Präsentation (*Anmerkung der Schriftführerin: Diese ist im elektronischen Informationssystem der Stadt Bielefeld zu diesem Punkt hinterlegt*).

Herr Spilker äußert Einwände gegen die geplante Verlegung des Spielplatzes. Der jetzige Standort sei sonnig, werde gut angenommen und insbesondere für Eltern kleinerer Kinder sei dieser abgegrenzte Bereich optimal zu überblicken. Eine mögliche Verlegung würde überdies viel Geld kosten, das besser in die Integration des Erweiterungsgeländes investiert werden sollte. Außerdem könne er nicht nachvollziehen, warum ausgerechnet dieser Eingang (von insgesamt acht) aufgewertet werden müsse. Darüber hinaus werde in seinen Augen die zur Verfügung stehende Summe nicht zweckentsprechend eingesetzt; vorrangig solle

doch die Integration des Geländes, und nicht nur die funktionale Anbindung sein.

Herr Ehrig weist darauf hin, dass es zwar acht Eingänge zum Botanischen Garten gebe, diese aber nicht alle gleichwertig zu sehen seien. Die bereits vorhandene Achse zum Fachwerkhaus sei eine klassische Raumdominante, weshalb der Hauptweg auch auf dieses zuführen sollte. Der Spielplatz würde die vorhandene Situation allerdings sehr eng machen. Zum finanziellen Aspekt führt er an, dass –selbst wenn der Spielplatz am jetzigen Standort belassen würde– die Erweiterungsfläche nicht vollständig entwickelt werden könne.

Frau Metten-Raterink berichtet von ihren Erfahrungen mit den eigenen Kindern und betont, dass der vorhandene Spielplatz auch auf Grund seiner geringen Größe und dem angrenzenden Zaun derzeit wenig attraktiv sei. Als Mutter begrüße sie die vorgestellten Planungen und bezeichnet diese als „Gewinn für Familien“.

Frau Schneider erinnert der aktuelle Spielbereich an „Käfighaltung“. Die neue, großzügig bemessene Fläche sei für Kinder jeden Alters attraktiv und werde sicherlich gut angenommen. Das von Herrn Ehrig genannte Argument der Hauptachse, die auf das Fachwerkhaus zuführen sollte, könne sie absolut nachvollziehen– schon zu früheren Zeiten sei dies beispielsweise ein beliebtes Fotomotiv gewesen.

Herr Brunnert zeigt sich von den vorgestellten Planungen nicht überzeugt und merkt u. A. zu dem Zaun am jetzigen Spielplatz an, dass dieser keine „Einzäunung“ darstellen, sondern vielmehr dem Schutz der Kinder vor der steilen Böschung dienen solle. Er erachte die derzeitige Situation auch nicht als –wie von Herrn Ehrig angesprochen– beengt und habe nicht das Gefühl, sich am Spielplatz „vorbeiquetschen“ zu müssen. Um Sichtbeziehungen herzustellen bzw. zu erweitern, könnten beispielsweise die vorhandenen Büsche heruntergeschnitten werden. Und um den Botanischen Garten auch für Ortsfremde als solchen erkenntlich zu machen, könnte dieser eventuell besser beschildert werden.

Herr Witte befindet die bereits bestehende Sichtachse als ausreichend und erachtet die jetzige negative Darstellung als übertrieben. Die Verlegung des Spielplatzes finde er problematisch, da der neue Standort nah an den Wasserlauf grenze und dies für kleinere Kinder potentiell gefährlich werden könnte. Es sei schwierig, wenn dieses Areal nicht entsprechend eingezäunt werde. Unabhängig davon erkundigt er sich nach der Blumenwiese, die sich derzeit auf dem Erweiterungsgelände befinde und fragt, warum hier unzählige Disteln und Nesseln wachsen würden.

Herr Ehrig führt dazu an, dass der dortige Boden in Bezug auf die Nährstoffe zunächst abgemagert werden müsse, damit die Bodenbeschaffenheit der Wiese weiter optimiert werden könne. Dieses Verfahren erfordere ein wenig Geduld.

Herr Spilker beantragt die erste Lesung der Vorlage, damit die gemachten Einwendungen eventuell bei den weiteren Planungen berücksichtigt

werden können.

Herr Heimbeck begrüßt die geplante Herstellung einer Sichtachse und findet es auch gut, dass das Gewässer sichtbar gemacht werden soll. Fraglich sei allerdings, ob die vorgestellten Pläne auch entsprechend in die Realität umgesetzt werden können.

Frau Pfaff berichtet von den gemachten Erfahrungen im neu gestalteten Bohnenbachpark und merkt an, dass die meisten Kinder liebend gern am und/oder im Wasser spielen würden. Dies spreche für den Standort des neuen Spielplatzes. Der jetzige sei definitiv nicht einladend.

Anschließend wird kurz diskutiert, inwiefern ein Gewässer durch einen geeigneten Zaun abgegrenzt werden müsste, damit kein Kind versehentlich darin verunglückt.

Auf Nachfrage von Frau Maler zu dem geplanten Zeitrahmen führt Herr Ehrig an, dass im Frühjahr 2017 die Vergabe geplant sei, damit die Arbeiten im Sommer 2017 fertig gestellt werden können.

Herr Spilker kritisiert, dass bei den vorgestellten Planungen der pädagogische Gedanke, der auch mit einem Botanischen Garten verbunden sein sollte, nicht ausreichend berücksichtigt würde. Das große Thema „Sichtachse“ würde sich in seinen Augen verselbstständigen. Außerdem würde durch die Verlegung des Spielplatzes ein unnötiger Kostenaufwand verursacht.

Herr Ehrig merkt dazu an, dass zunächst die Grundvoraussetzungen in Form von Erschließung und neuen Wegen geschaffen werden müssten, bevor ein pädagogischer Gedanke in diesem Erweiterungsbereich (z. B. Apothekergarten) vollends umgesetzt werden könne. Dies solle dann im nächsten Schritt erfolgen.

Zu den Kosten bezüglich der Spielplatzverlegung erläutert Frau Wangler, dass lediglich die bereits vorhandenen Spielzeuge umgesetzt werden sollen, und dies nur einen kleinen Teil der veranschlagten Kosten ausmachen werde.

Herr Frank unterstreicht, dass sich der Förderverein bisher stets für den Botanischen Garten eingesetzt und sich auch außerordentlich für die Erweiterungsfläche stark gemacht habe. Der Verein werde selbstverständlich auch zukünftig, im Rahmen seiner Möglichkeiten, für die Weiterentwicklung des gesamten Botanischen Gartens Sorge tragen.

Auf Nachfrage von Herrn Brunnert merkt Frau Imkamp an, dass der Betriebsausschuss des ISB die Vorlage in seiner letzten Sitzung am 22.11.2016 lediglich in erster Lesung behandelt habe und der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz die Beratung deshalb zurückgestellt habe. Letztlich habe der Beschluss der Bezirksvertretung Gadderbaum auf Grund der Überbezirklichkeit dieser Angelegenheit empfehlenden Charakter und der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz werde dann in seiner nächsten Sitzung am 24.01.2017 sein endgültiges Votum

abgeben.

Sodann lässt Frau Pfaff über den Antrag von Herrn Spilker wie folgt abstimmen:

Beschluss:

Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

-bei 4 Enthaltungen einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 9 Verwendung bezirklicher Mittel 2016

Zu Punkt 9.1 Sondermittel des Stadtbezirks Gadderbaum 2016

Anmerkung der Schriftführerin: Frau Pfaff erklärt sich in ihrer Funktion als Vorsitzende des Freibad Gadderbaum e.V. als befangen und nimmt weder an Beratung noch Beschlussfassung teil. Übereinstimmend wird Herrn Witte der Vorsitz zu diesem Punkt übertragen.

Herr Witte weist darauf hin, dass noch 4.417 Euro Sondermittel zur Verfügung stünden. Dazu seien im Vorfeld Anträge der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld -Löschabteilung Gadderbaum/Bethel-, des SV Gadderbaum 08 e. V., des Singkreises Gadderbaum und des Fördervereins der Martinschule versandt worden, darüber hinaus läge vom Freibad Gadderbaum e. V. ein aktualisierter Antrag vor.

Zwecks fraktionsinterner Abstimmung über die zu gewährenden Zuschüsse einigt man sich auf eine kurze Sitzungsunterbrechung.

-.-.-

Sitzungsunterbrechung von 19:35 – 19:45 Uhr

-.-.-

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt aus den bezirklichen Sondermitteln 2016

- dem SV Gadderbaum 08 e.V. einen Zuschuss in Höhe von 807,69 Euro zur Anschaffung von Toren, Westen und Erste-Hilfe-Koffern
- dem Singkreis Gadderbaum einen Zuschuss in Höhe von 300,00 Euro zur Anschaffung von Liederbüchern
- dem Förderverein der Martinschule einen Zuschuss in Höhe von 700,00 Euro zur Anschaffung eines neuen Fernsehers
- der Freiwilligen Feuerwehr Gadderbaum/Bethel einen

- Zuschuss in Höhe von 1.119,00 Euro zur Anschaffung von benötigten Haushaltsgeräten und Büroausstattung**
- **dem Freibad Gadderbaum e. V. einen Zuschuss in Höhe von 1.490,31 € für die Anschaffung von Liegen.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9.2 Kulturmittel des Stadtbezirks Gadderbaum 2016

Anmerkung der Schriftführerin: Frau Pfaff und Frau Herting erklären sich beide als befangen und nehmen weder an Beratung noch Beschlussfassung teil. Herr Witte behält für diesen Punkt den Vorsitz.

Herr Witte teilt mit, dass noch 1.335 Euro bezirkliche Kulturmittel zur Verfügung stünden.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt der Arbeitsgemeinschaft Gadderbaumer Weihnachtsmarkt aus den bezirklichen Kulturmitteln 1.335 Euro für die Durchführung des diesjährigen Weihnachtsmarktes.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9.3 Bezirkliche Mittel für öffentliche Grünanlagen und Spiel- und Bolzplätze 2016

Herr Witte übergibt den Vorsitz wieder an Frau Pfaff.

Frau Pfaff verweist auf den Verwendungsvorschlag des Umweltbetriebs und schlägt ergänzend vor, dass von den zur Verfügung stehenden Mitteln i. H. v. 1.338 Euro auch Sitzbänke an geeigneten Stellen innerhalb des Stadtbezirks aufgestellt werden könnten.

Nach kurzer Diskussion u. A. über den Nutzen von Obstbäumen auf dem ehemaligen Bolzplatz an der Hohenzollernstraße und über die Sinnhaftigkeit von mit öffentlichen Geldern finanzierten Hundekotbeutel Spendern sprechen sich schließlich drei Gremiumsmitglieder für das Aufstellen von Sitzbänken, neun Vertreterinnen und Vertreter für die Anpflanzung von Bäumen und zwei weitere für die Anschaffung von Hundekotbeutel Spendern aus.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt 1.338 Euro aus den bezirklichen Mitteln für öffentliche Grünanlagen und Spiel- und Bolzplätze 2016 für die Anpflanzung von Obstbäumen auf dem ehemaligen Bolzplatz an der Hohenzollernstraße und/oder ggf. an anderen geeigneten Stellen innerhalb des Stadtbezirks.

-bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 10

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegt kein Bericht vor.

-.-.-